

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

September 1981

Evangelische Verantwortung

Heft 9/1981

Aus Liebe zu Deutschland

— Gedanken zum 75. Geburtstag von Dr. Eugen Gerstenmaier —

Roman Herzog

Am 25. August feierte Bundestagspräsident a. D. Dr. Eugen Gerstenmaier seinen 75. Geburtstag. Daß er diesen Festtag in unverminderter Spannkraft des Geistes und Willens begehen konnte, erfüllt uns mit besonderer Freude.

Wenn wir aus Anlaß dieses Ereignisses Person und Lebenswerk von Eugen Gerstenmaier würdigen, dann wissen wir, daß wir der Fülle seiner Verdienste um seine Kirche, um das deutsche Volk, den demokratischen Staat und unsere Partei nur unvollkommen gerecht werden können. Wir ehren in ihm einen der bedeutendsten Politiker der deutschen Nachkriegsgeschichte, dessen Lebensweg exemplarisch ein Spiegelbild der deutschen Zeitgeschichte wiedergibt.

Bereits als junger 30jähriger Theologe trifft er auf die entscheidende Bewährungsprobe seines Lebens — die Herausforderung des Nationalsozialismus. Der Kampf gegen die nationalsozialistische Ideologie und das nationalsozialistische Gewaltregime hat ihn geprägt und sein weiteres Leben bestimmt.

Sehr früh schließt sich Eugen Gerstenmaier der Bekennenden Kirche an. Für den aktiven politischen Kampf gegen Hitler entscheidet er sich am Tag des Münchener Attentats, dem 29. September 1938, als er sich bewußt wird, daß Krieg die unausweichliche Konsequenz und das Ziel der Hitler'schen Expansionspolitik ist. Diese Entscheidung, die auch die Bereitschaft zum Tyrannenmord einschließt, fällt dem bewußten evangelischen Christen nicht leicht. Nach schweren Gewissenskonflikten ringt er sich jedoch zu der Entscheidung durch: „Es muß sein. Wir können nicht anders. Gott sei uns gnädig.“

Daß Eugen Gerstenmaier diesen Entschluß in einem Zeitpunkt treffen konnte, in dem viele, die Hitler kritisch gegenüberstanden, verstummt angesichts der Tatsache, daß diesem scheinbar Erfolge zuzielen, die den demokratischen Politikern der Weimarer Zeit versagt geblieben waren, ist zu verstehen aus dem

Verständnis Eugen Gerstenmaiers von Staat und Obrigkeit. Jener Satz in Röm. 13 „Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat“, der viele Protestanten zum Absolutsetzen des Staates verführt hatte, begründete für Eugen Gerstenmaier die Pflicht zum Widerstand gegen den nationalsozialistischen Staat. In einer Predigt über Röm. 13, 1–10 in Stockholm am 30. Januar 1949 legte er dar, welcher Staat Gehorsam von seinen Bürgern verlangen kann: „Der Maßstab für alle Rechtsetzung wie für die Grenzen des Staates können darum nur die Gebote Gottes sein. Die Rechtsordnung eines Volkes, die Rechtsetzung der Staaten wird der Willkür unechter Autoritäten unterworfen, wenn ihre metaphysische Tiefe und Norm nicht das Gebot Gottes ist. Der Staat, der moderne Staat, muß die Freiheit des Glaubens seiner Bürger gewähren, den Gehorsam gegen Gottes Gebote aber muß er fordern. Denn eine Staats- oder Volksordnung ohne Transzendenz, ohne Beziehung auf über ihr stehende unbedingt gültige Maßstäbe, eine Staatsgewalt, die nichts davon wissen will, daß sie zum Dienst Gottes berufen ist, stürzt sich in die permanente Revolution. Sie beraubt sich ihrer letzten Autorität und sägt damit den Ast ab, auf dem sie sitzt. In dieser ihrer Beziehung auf das von Gott gebotene Recht und die Gerechtigkeit ist die Staatsordnung Gottesordnung, und die sie schützende, ihr dienende Staatsgewalt ist Gottes Dienerin ... An der von Gott gebotenen und geschenkten Liebe ist alles zu prüfen. Gehorsam oder Widerstand gegen staatlichen Befehl und Staatsgewalt entscheiden sich in ihr. Die Liebe gebietet uns, für die Ordnung einzutreten; die Liebe gebietet uns, für das Recht zu zeugen und der Ungerechtigkeit zu widerstehen. Die Liebe gebietet den freien Gehorsam, der etwas anderes ist als die mechanische Mitläuferrolle oder die furchtsame Untertanengesinnung.“

Vor dem Satz des Apostels Paulus „Die Liebe ist des Gesetzes Erfüllung“ konnte der nationalsozialistische Staat in keinem Augenblick bestehen.

Die Liebe forderte von Eugen Gerstenmaier und seinen Freunden, die er im „Kreisauer Kreis“ um Helmuth von Moltke gefunden hatte, aber nicht nur den Widerstand gegen den Nationalsozialismus, sie forderte auch, daß eine zukünftige Staatsordnung und ideelle Staatsinhalte gefunden würden, die an die Stelle des nationalsozialistischen Staates treten konnten. Dieser Aufgabe stellten sich Eugen Gerstenmaier und die Repräsentanten des „anderen“ Deutschland unter ständiger Gefahr für Leib und Leben.

Der Widerstand des Kreisauer Kreises mündete schließlich in das mißlungene Attentat des 20. Juli 1944. Es kann als Wunder bezeichnet werden, daß Eugen Gerstenmaier das Schicksal seiner Leidensgefährten im „Totenhaus von Tegel“ erspart blieb. Ihr Märtyrertod wurde ihm Auftrag und Vermächtnis; sie blieben für sein weiteres Leben bestimmend.

So ist unverkennbar das ökumenische Bemühen Gerstenmaiers in seinen späteren Jahren zurückzuführen auf einen Brief, den der kurze Zeit später ermordete Pater Delp an den evangelischen Kirchenmann in der Sylvesternacht 1944 im Gefängnis von Tegel schrieb: „Wenn wir wieder draußen sind, wollen wir zeigen, daß mehr damit gemeint war und ist, als eine persönliche Beziehung. Die geschichtliche Last der getrennten Kirchen werden wir als Last und Erbe weitertragen müssen. Aber es soll daraus niemals wieder eine Schande Christi werden ...“.

Als Dienst verstand Eugen Gerstenmaier auch sein Handeln als Politiker. Bereits kurze Zeit nach seinem Einzug in den Deutschen Bundestag 1949 bestimmte Eugen Gerstenmaier wesentlich die Inhalte der deutschen Politik, u. a. als Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestages.

Mit unermüdlichem Einsatz arbeitete er daran, die Wunden, die der Krieg geschlagen hatte, zu heilen. Dazu gehörte nicht nur, die innere Befriedung in unserer Gesellschaft zu fördern – trotz aller Leiden, die er selbst erlitten hatte, ließ er sich nicht von dem Gedanken der Vergeltung, sondern der Versöhnung leiten – sondern auch die Grundlagen für die gleichberechtigte Wiedereinführung Deutschlands in die internationale Staatengemeinschaft zu schaffen. Dazu gehörte für ihn auch die Versöhnung mit Frankreich, sein unermüdlicher Einsatz für die europäische Einigung und der Ausgleich mit dem Staat Israel, der ihm eine besondere Herzensangelegenheit war.

In dem Bewußtsein, daß der jungen Bundesrepublik angesichts der sowjetischen Bedrohung Frieden in Freiheit nur in einem Bündnis mit den Demokratien des Westens gesichert werden konnte, trat Gerstenmaier für die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik ein. Bedenkenswert auch für die in unseren Tagen stattfindende Rüstungsdiskussion sind seine Motive für diese Entscheidung: „Auch ich hatte genug vom Krieg. Aber es wäre mir wie ein Verrat an mir selbst und meinen toten Freunden erschienen, wenn ich gepaßt hätte. Wozu hatten wir Hitler widerstanden? Um uns nun Stalin und seinen Kumpanen zu beugen?“

Als Dienst versteht Eugen Gerstenmaier auch die Übernahme des Amtes des Bundestagspräsidenten.

Daß er diese Aufgabe, möglicherweise entgegen seinen andersgerichteten Neigungen übernimmt, wirft ein bezeichnendes Bild auf die Persönlichkeit dieses Mannes, der das meiste immer sich selbst abverlangt und die größten Ansprüche immer an sich selbst stellt. Er hat dieses Amt 14 Jahre lang ausgeübt und es verstanden, durch die Art seiner Amtsführung den demokratischen Staat und das parlamentarische Regierungssystem so zu festigen, daß es heute im Bewußtsein unserer Bevölkerung tief verankert ist.

Sein Amt als Bundestagspräsident legte ihm in mancher Hinsicht Zurückhaltung in Stil und Art der parlamentarischen Auseinandersetzung auf. Aus dieser Situation heraus entwickelte Gerstenmaier die parlamentarische und politische Rede zu einer Kunst, die in ihrer intellektuellen Brillanz und ihrem rhetorischen Schliff selten wieder erreicht wurde. Die Wirkung und Gültigkeit dieser Reden bis in unsere Tage hinein beruht darauf, daß er sich dabei nie von Vordergründigem ansprechen ließ, sondern politische Zusammenhänge und Sachverhalte immer auch in ihren ethischen Dimensionen durchdrang.

Unerreicht bis heute ist auch die ethische Begründung der CDU, die Eugen Gerstenmaier in seiner Rede auf dem 6. Bundesparteitag in Stuttgart am 27. April 1956 gab. Für ihn war klar, daß eine Partei wie die CDU, die aus den „Katakomben des Widerstandes“ erwachsen und die selbst eine „Frucht der Läuterung und Wandlung Deutschlands und der Deutschen“ war, sich nicht nur in politischem Zweckmäßigkeitsdenken begründen läßt, sondern daß es zu ihrem Wesen gehört „daß sie über alle rationale und politische Zweckbegründung hinaus von etwas lebt, mitbestimmt und getragen wird, auf das sich zwar hinweisen läßt, das sich aber der rationalen Durchleuchtung, der psychologischen, soziologischen und politischen Analyse in einem Letzten entzieht, weil es mehr dem Bereich der persönlichen Glaubenserfahrung und des geschichtlichen Erlebnisses der Nation, als der politischen Programmatik entstammt.“

Bereits 1956 warnte Gerstenmaier vor den Folgen einer ausschließlichen Orientierung am Materiellen, und die Mahnungen, die er damals aussprach, sind direkt in unsere Gegenwart hineingesprochen, wo uns schmerzlich Grenzen und Ambivalenz des Fortschritts bewußt werden.

„Es besteht kein Anlaß, über den wachsenden Wohlstand die Stirne zu runzeln; aber es muß uns besorgt machen, daß offenbar nicht wenige angefangen haben, darüber unmerklich den Verstand zu verlieren. Denn wie soll man es anders verstehen, wenn denkende Menschen mit Erfahrungen von einer Tiefe, wie sie vielen Generationen vorenthalten blieben, das Materielle, das ein Mittel zur Freiheit ist, für das Ziel und den Sinn ihrer Berufung halten?“

Zuzustimmen und nichts hinzuzufügen ist der Charakterisierung, die ein bekannter Journalist einmal über Gerstenmaier traf: „Er ist ein Mann, an dem nichts Kleines ist.“

Eugen Gerstenmaier hat Normen für das politische Handeln der CDU gesetzt, die bleibende Gültigkeit haben und deren wir uns würdig erweisen müssen, gerade in unserer Zeit.

Dank an Eugen Gerstenmaier

Theodor Schober

Unzähligen Menschen im Elend Nachkriegsdeutschlands hat das Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland Hilfe zum Überleben geleistet. Aus dem Hilfswerk, das Dr. Eugen Gerstenmaier unmittelbar nachdem er die Freiheit wiedererlangt hatte gründete, ging später das Diakonische Werk der EKD hervor.

Der Präsident des Diakonischen Werkes, Dr. Theodor Schober, würdigt deshalb Dr. Eugen Gerstenmaier anlässlich seines 75. Geburtstages.

Am Ende seines eindrucksvollen Lebensberichtes unter dem biblischen Motto „Streit und Friede hat seine Zeit“ schreibt Eugen Gerstenmaier: „Sub specie aeternitatis, unter den Augen und nach den Maßen der Ewigkeit ist vieles davon unwichtig und dem Vergessen verfallen. In dem Zusammenhang des gelebten und erlittenen Lebens der Generationen und der deutschen Nation hat anderes jedoch einen so hohen menschlichen Gehalt, daß es Hoffnungen und Wünsche rechtfertigt. Ich zähle dazu die Einheit unseres Volkes, die Hinneigung zur Gerechtigkeit, die Wertschätzung der ersten persönlichen Leistung, den Willen zur Vollendung der europäischen Einheit, vor allem aber die in Frieden blühende Freiheit des Vaterlandes.“

So sieht der Politiker Gerstenmaier auf sein reiches Leben zurück. Aus den Anfängen der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist er nicht mehr wegzudenken und hat an seinem 75. Geburtstag eine wohlverdiente und breitgefächerte Anerkennung gefunden.

Aber auch der Lebensabschnitt, der vorausging, verdient bei einer solchen Gelegenheit wieder einmal aus der Vergessenheit unseres Volkes zurückgeholt zu werden. Nur wenige Deutsche wissen, was sie Eugen Gerstenmaier gerade für dieses Stück aus seinem Lebenswerk verdanken. Schon im Frühjahr 1942 beriet er sich — damals als Konsistorialrat im Kirchlichen Außenamt darum bemüht, den letzten Rest ökumenischer Beziehungen des deutschen Protestantismus

nicht auch noch zu gefährden — mit Kirchenführern wie Bischof Wurm über die notwendigen Maßnahmen nach dem sich bereits abzeichnenden nationalen Zusammenbruch. Er schlug vor, unmittelbar nach Kriegsende in Verbindung mit dem Römisch-Katholischen Episkopat Deutschlands ein Nationales Hilfswerk zu organisieren, „das auf dem Gedanken der Selbsthilfe steht und versuchen soll, mit allen erreichbaren Mitteln dem Chaos karitativ zu begegnen.“

Noch vor der Kirchenkonferenz von Treysa (August 1945), auf der sich die evangelische Christenheit in Deutschland neu zu organisieren begann, wandte er sich mit einem von seinem Freund Helmuth Schreiner verfaßten Aufruf an die Öffentlichkeit: „Die Christenheit in Deutschland ist zur Selbsthilfe herausgefordert. Es geht um unsere eigenen Brüder und Schwestern. Es gibt mitten unter uns Ungezählte, die haben fast nichts mehr zu essen. Mütter und Kinder, Alte und Kranke. Was wird aus ihnen? Soll dies das Ende sein, daß der Menschen Leichname liegen wie der Mist auf der Straße ...? Nimmermehr!“

Aus dem überkonfessionellen Ansatz wurde nichts. Das lag nicht an der evangelischen Seite. Aber das Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland gelang und wurde zu einer eindrucksvollen Überlebenshilfe für ungezählte Deutsche.

Wie Eugen Gerstenmaier auf dieser spektakulären Kirchenkonferenz handstreichartig die Gründung des Hilfswerks durchsetzte, schreibt er später einem ökumenischen Freund: „Ehe der Rat auf dem Kirchentag in Treysa gegründet war, habe ich trotz aller Wirren einen einmütigen Beschluß zur Gründung des Hilfswerks als der Zusammenfassung der gesamten karitativen und sozialpolitischen Aktivität des deutschen Protestantismus herbeiführen können. In dem Trubel der kirchenpolitischen Auseinandersetzung wurde darauf zunächst wohl nicht besonders geachtet.“ Unermüdlich

war Gerstenmaier nun unterwegs, um mit den Gemeinden von Ost und West die Nöte vor Ort aufzuspüren und im Ausland internationale und ökumenische Hilfsquellen zu erschließen. Seine vorangegangene jahrelange Beteiligung am deutschen Widerstand gegen Hitler zahlte sich dabei als Vertrauenskapital aus. Im Osten leitete die Arbeit unter Gerstenmaier der ihm seit langem befreundete Dr. Tillmann. Gerstenmaiers Ziel war eine diakonische Kirche, so wie er sie bereits 1938 in seinem Buch „Die Kirche und die Schöpfung“ beschrieben hatte: „Seelsorge, die den ‚Leib‘ verkommen läßt, ist auch keine Seelsorge. Eine Kirche, die dem leiblichen-politischen, wirtschaftlichen, staatlichen Verderben des Volkes, an das sie gewiesen ist, teilnahmslos und tatenlos gegenübersteht, würde ihren Dienst verraten, wäre nicht mehr Kirche Jesu Christi ... Dabei ist zu beachten, daß die Kirche nicht nur mit der oder jener ihrer Funktionen dient, sondern daß sie als solche mit

Aus dem Inhalt

Aus Liebe zu Deutschland — Gedanken zum 75. Geburtstag von Dr. Eugen Gerstenmaier Roman Herzog	1
Dank an Eugen Gerstenmaier Theodor Schober	3
Zur Diskussion gestellt: Anfragen evangelischer Christen in politischer Verantwortung an ihre Kirche EKD antwortet auf Anfragen des EAK	4
Aus unsere Arbeit	6
Lieber sterben als sündigen — aber Christen machen keine Revolution! — zu den Galen-Predigten des Jahres 1941 — Norbert Hinz	7
Buchbesprechungen	8
Leserbrief	9
Frieden mit oder ohne Waffen? Stephan Eisel	10
Kurz notiert	12

ihrer ganzen Existenz dient. Das Wort, das der Kirche aufgetragen ist, fordert ihre Tat.“

1948 trug Gerstenmaier die Nöte der Deutschen dem amerikanischen Präsidenten Truman im Weißen Haus vor. Viele andere Besuche bei Regierungen und Kirchenleitungen in der Welt folgten oder waren vorausgegangen, um das Weltgewissen auf das menschliche Elend in Deutschland aufmerksam zu machen. Sein Platzwechsel in die Politik (1949) war auch eine Folge seiner Bemühungen um einen angemessenen sozialpolitischen Beitrag der Kirche (Wichern II). Gerstenmaier wurde im Wahlkreis Schwäbisch-Hall als CDU-Abgeordneter in den Bundestag gewählt und war fortan aus dem politischen Leben nicht mehr wegzudenken. Die Ära Adenauer hat er mitgeprägt, die Ost- und Deutschlandpolitik entscheidend beeinflusst, am Frieden mit dem Volk Israel mit brennendem Herzen, aber besonnen mitgebaut und die Wiederaufnahme der Deutschen in die Völkergemein-

schaft der freien Welt durch ungezählte Reisen und eindrucksvolle Reden in Parlamenten, Universitäten und Weltkonferenzen gefördert. Daß er — Bundestagspräsident seit 1954 bis zu seinem Rücktritt 1969 — dort um seines hohen Amtes willen nur noch in Grundsatzfragen zu hören war, obwohl er ein Meister der treffenden Formulierung ist, wird bis auf diesen Tag von vielen bedauert. Denn wir haben doch wohl keinen Überfluß an überzeugenden Politikern, die redlich, leidenschaftlich und mit Sachverstand zu argumentieren vermögen und dabei die großen Perspektiven deutscher und europäischer Politik aus christlicher Verantwortung über ihre persönliche Karriere oder das parteipolitische Kalkül stellen. Wären unsere Parteien nicht gut beraten, wenn sie auch ihre abgetretenen großen Persönlichkeiten und ihre Erfahrung weiterhin am Entscheidungsprozeß angemessener beteiligten?

Rückschauend beurteilt Gerstenmaier jene Anfänge nach der gro-

ßen Katastrophe: „Wir begannen uns mit Wicherns weitgreifenden Denkanstößen zu befassen und über den Weg der Christlich-Sozialen im 19. Jahrhundert, über Stöcker und Naumann nachzudenken. Das Ergebnis war eher negativ als positiv. Nicht des historischen Beispiels wegen. Das war nicht ermunternd. Nein, wir kamen zu dem Schluß, daß „Wichern II“ auch auf dem Boden unserer zu Treysa und Eisenach (1948) neugeordneten Kirche nicht zu verwirklichen sei, daß aber auch keine zwingende Notwendigkeit mehr dafür bestehe. Der Weg aus den Ruinen, der Schritt aus den Trümmern war zwar bei weitem noch nicht vollendet, aber er war immerhin soweit zurückgelegt, daß die zerteilte Nation mit ihrer wiedererstandenen Wirtschaft auch ohne den karitativen Beistand wieder gehen konnte.“

Dafür haben die Deutschen gerade Eugen Gerstenmaier viel zu danken.

Zur Diskussion gestellt:

Anfragen evangelischer Christen in politischer Verantwortung an ihre Kirche

EKD antwortet auf Anfragen des EAK

Die „Anfragen evangelischer Christen in politischer Verantwortung an ihre Kirche“ des EAK-Bundesvorstandes (abgedruckt in EV 6-7/81, S. 14-15) fanden eine breite Berichterstattung in den Medien. Die große Zahl von Nachbestellungen der Broschüre zeigt uns, daß die Anfragen auch in den Kirchengemeinden auf lebhaftes Interesse gestoßen sind.

Sehr dankbar sind wir, daß die Kirchenkanzlei der EKD in Hannover in einer Erwiderung umfassend auf unsere Anfragen eingegangen ist. Diese Erwiderung stellen wir nachfolgend zur Diskussion. Wir halten sie für eine gute Grundlage für einen weiteren Dialog.

Für die Evangelische Kirche in Deutschland dankt die Kirchenkanzlei dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU für die Eröffnung eines neuen Gesprächs über

Grundfragen unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens. Manche Fragen richten sich dabei eher an Einzelne und Gruppen in der evangelischen Kirche und weniger an die Leitungen der evangelischen Kirche. Überdies hat z. B. der Rat der EKD seine Überzeugungen und Einsichten immer wieder in öffentlichen Erklärungen vertreten und deutlich gemacht. Die Überzeugungskraft öffentlicher Darlegungen darf allerdings auch nicht überschätzt werden. Nur selten bewirken sie eine Meinungsänderung derjenigen, die anders denken und handeln.

Die Verkündigung des Evangeliums steht nicht im Widerspruch zu dem nie ans Ende kommenden Streit um die Wahrheit. Auch die konkrete Unterscheidung und Zuordnung von Glaube und Politik wird immer um-

stritten sein und sich niemals endgültig theoretisch lösen lassen.

Wir teilen die Sorge, daß viele Erscheinungen in unserem öffentlichen Leben „eine erhebliche Unsicherheit im Verständnis des Staates, seiner Aufgaben und seiner Möglichkeiten“ sichtbar machen. Der Rat der EKD hat deshalb die Kammer für Öffentliche Verantwortung gebeten, eine Ausarbeitung zum Staatsverständnis vorzulegen. Sie soll in der gegenwärtigen Situation zur Orientierung verhelfen. Die Vermittlung grundlegender Einsichten mit dem geschichtlichen Erbe unseres spezifisch deutschen Staatsverständnisses, das sich von den Traditionen anderer Nationen unterscheidet, ist jedoch nur die eine Seite der Aufgabe. Für das allgemeine Bewußtsein ist die in anschaulichen und werbenden Vor-

bildern repräsentierte konkret gelebte Überzeugung entscheidender als die beste Theorie. Deshalb ist es so wichtig, wie die in den Institutionen des Staates Verantwortlichen den Staat darstellen und seine Aufgaben wahrnehmen. Unsachliche Auseinandersetzungen in den Wahlkämpfen, mangelnde Glaubwürdigkeit der staatlichen Repräsentanten, Versprechungen über die tatsächlichen Möglichkeiten hinaus vergrößern die Distanz der Bürger zum Staat und gefährden die notwendige Identifikation der jungen Generation mit dem Staat.

Zu den einzelnen Anfragen und negativen Beispielen möchten wir in der gebotenen Kürze bemerken:

1. Eine schlichte „Solidarisierung“ von Pastoren mit Hausbesetzern, wo immer sie geschehen ist, können wir nicht gutheißen. Sie verträgt sich nicht mit der Absicht der Vermittlung in einem schweren Konflikt. Wirksame Hilfe setzt neben menschlicher Betroffenheit immer auch Distanz voraus. Parteiliche Solidarisierung zerstört nur zu leicht die Voraussetzungen zum Helfen. Dann wird nicht nur ein offensichtlicher Mißstand – die vergessene Sozialbindung des Eigentums – angeprangert, sondern die Rechtsordnung selber gefährdet.

Vergessen werden darf dabei allerdings nicht, daß es auch Situationen gibt, in denen die Abwägung zwischen konkurrierenden Rechtsgütern die Entscheidung für eine so oder so unabweisbare Verletzung einzelner geltender Rechtsnormen zur Folge hat. Mit diesem extremen Fall darf jedoch nicht gespielt und nicht jede aktuelle Auseinandersetzung mit letztem Gewicht beschwert werden. Die Ordnungen des Rechts sind ein hohes Gut. Der Christ wird sich sowohl bei der Erhaltung als auch bei der Verbesserung der Rechtsordnung von dem neutestamentlichen Grundsatz leiten lassen: Der Mensch ist nicht für eine bestimmte Rechtsordnung geschaffen, sondern die Rechtsordnung für den Menschen.

2. Der Rat der EKD und zahlreiche Leitungen von Gliedkirchen haben immer wieder und eindeutig erklärt, daß sich aus dem Evangelium keine Empfehlung für die Wahl bestimmter politischer Parteien ergibt. Negativ abgrenzende Aussagen, die das Programm oder einzelne Aussagen einer bestimmten

Partei als mit dem christlichen Glauben für grundsätzlich unvereinbar erklären, müssen dagegen in besonderen Fällen möglich sein. Daß einzelne Christen oder auch Gruppen ihre aus dem Glauben gezogenen ethischen Einsichten bei einer Partei eher aufgehoben finden als bei anderen, wird sich dagegen niemals ausschließen lassen. Weil christliche Grundsätze auch in Programmen von Parteien zu finden sind, die nicht das Attribut „christlich“ im Namen führen, engagieren sich Christen zu Recht in verschiedenen Parteien.

Wer ein Amt in der Kirche hat, mißbraucht jedoch sein Amt, wenn er es zur Unterstützung einer politischen Partei verwendet.

3. Die Ursache für im Felde der Politik geführte Glaubenskämpfe darf nicht nur bei den Kirchen gesucht werden. Die Politisierung aller Lebensbereiche ist in den zurückliegenden Jahren von Politikern aller Parteien befördert worden. Damit sind auch nüchterne Ermessensentscheidungen in Sachfragen „religiös aufgeladen“ und zu „Glaubensentscheidungen hochstilisiert“ worden.

Einer Vermischung von Gott und Welt, Glaube und Politik, religiöser und weltlicher Sprache ist zu wehren. Eine schieflich-friedliche Trennung der Bereiche ist allerdings kein geringerer Mißbrauch: Die Versöhnung zwischen Gott und Mensch hat auch Folgen für ein versöhntes – und nicht nur „verständiges“ – Zusammenleben der Menschen; der „Friede, der höher ist als alle Vernunft“, entfaltet seine Frieden stiftende – und nicht nur den Krieg verhindernde – Kraft auch in der zerstrittenen Welt; der Glaube an Gott den Schöpfer spiegelt sich wider in der Sorge für eine als Schöpfung erfahrbare Welt. Weil die religiöse Sprache keine Sonderwelt, sondern die Wahrheit und den Grund der Welt meint, werden Zusammenhang und Unterscheidung von „politischer“ und „religiöser“ Sprache niemals theoretisch allgemeingültig beschrieben werden können, sondern immer wieder in der aktuellen Situation gefunden werden müssen. Der tiefe Graben zwischen Juden und Deutschen kann nicht nur mit dem Begriff Verständigung überbrückt werden, hier ist die Rede von Versöhnung unausweichlich; Auschwitz ist

mit gar keinen anderen Kategorien zu fassen als denen des Verbrechens und der Schuld. Wenn auch die Differenzierung zwischen Frieden und Kriegsverhinderung notwendig ist, so wird doch eine den Krieg verhindernde Politik sich zugleich um die Bedingungen kümmern müssen, die ein Zusammenleben in Frieden ermöglichen – und dazu kann das biblisch umfassende Verständnis des Friedens einen wichtigen Beitrag leisten.

Es ist richtig, daß in der öffentlichen Diskussion häufig „Bekenntnisse“ an die Stelle vernünftiger Argumentation getreten sind. Will man die erforderliche Balance zwischen „Bekenntnis“ und „Vernunft“ zurückgewinnen, so müssen sich nicht zuletzt die Politiker prüfen, ob sie nicht viel zu häufig „bekennt“ anstatt zu argumentieren. Zu einer bestimmten Gestalt wirtschaftlicher Ordnung etwa sollten seltener „Bekenntnisse“ abgelegt werden; hier genügt die nüchterne rationale Begründung. Andererseits gehören bekenntnishafte Elemente als Überzeugungen von letzten Werten zum Menschen und lassen sich deshalb auch aus der Sprache politischer Argumentation nicht einfach ausscheiden. Der rechte Gebrauch der Sprache läßt sich nicht dekretieren, indem man Reservate für religiöse und politische Begriffe schafft; er muß in der konkreten Situation entsprechend der zur Verhandlung stehenden Sache gefunden und eingeübt werden.

4. Die Heidelberger Thesen sind zwar kein offizielles Dokument der Evangelischen Kirche. Sie sind aber von der Evangelischen Kirche in Deutschland bejaht und rezipiert worden. Mit ihnen hat sie, zuletzt auf der Synode der EKD 1980 in Osnabrück, immer wieder betont, daß sie die einander ausschließende Entscheidung von Christen für den Friedensdienst mit der Waffe in der Bundeswehr wie auch für den Friedensdienst ohne Waffe als zivilen Ersatzdienst in gleicher Weise achtet, ja für die Erhaltung des Friedens bei Entscheidungen als einander komplementär zugeordnet versteht. Die Forderung nach einer freien Wahl zwischen zwei vom Staat angebotenen Möglichkeiten ist damit noch nicht verbunden, schon gar nicht wird eine „seelsorgerliche Entscheidung zur verfassungsrelevanten Forderung“ umgemünzt. Es wäre aber verkehrt,

für die Begründung eines Friedensdienstes ohne Waffen lediglich seelsorgerliche Gesichtspunkte gelten zu lassen und damit das Problem aus der politischen Dimension in den privaten Bereich zu entlassen. Die Rede vom „komplementären Handeln“ (These 6 der Heidelberger Thesen) verweist auf ein politisches Konzept der Kriegsverhütung. Deshalb muß die politische Frage diskutiert werden können, ob es nicht unter politischen Gesichtspunkten vernünftig wäre, über die derzeitigen Regelungen der Verfassung hinaus künftig eine doppelte Gestalt des Friedensdienstes vorzusehen und beide so auszugestalten, daß zugleich mit der Sicherung des äußeren Friedens auch der innere Friede und das Vertrauen in unseren Staat gewahrt wird. Die Evangelische Kirche erkennt dankbar an, welch hohe Wertung die Gewissensentscheidung durch unsere Verfassung erfährt. Sie bittet aber auch zu bedenken, daß die Entwicklung der Waffentechnik zusammen mit den geradezu aberwitzig hohen Rüstungskosten eine fortwährende öffentliche Diskussion über die Mittel zur notwendigen und überzeugenden Verhinderung von Kriegen erforderlich machen, damit die Wahrung des Friedens in der Verantwortung der Politik verbleibt und nicht an Mechanismen der immer teureren Waffenentwicklung abgetreten wird.

5. Das wache Gewissen ist offen für Argumente der Vernunft. In einer Zeit abstrakter Rationalität ist aber manches Gewissen umgetrieben von der Sorge, sich selber zu verlieren an eine nie ans Ende kommende Dauerreflexion. Wer auf

dem Zusammenhang von Sachargumenten und Gewissensbefragung insistiert, muß gleichzeitig die Sorge teilen vor einem an sogenannte Sachzwänge ausgelieferten Gewissen und deshalb mitarbeiten an einer Kultur der Argumentation, in der die Vernunft das Gewissen nicht einschläfert, sondern wecken möchte. Derzeitige Mängel im Austragen des Konflikts zwischen Gewissen und Sachargument sind ein Hinweis auf den Graben zwischen Vernunft und Gewissen und die Sorge der Menschen, ohne das Hören auf das Gewissen sich selbst zu verlieren. Insgesamt wird das Gewissen viel zu häufig beschworen und damit entwertet. Es sollte zwischen der Entscheidung des Gewissens und einer gewissenhaften politischen Entscheidung streng unterschieden werden.

6. Der Rat der EKD hat erst jüngst wieder nach seiner Sitzung in Tutzing im Kommuniké vom 11. Mai dieses Jahres erklärt, daß die fünfte These der Barmer Erklärung von 1934 nach wie vor in Geltung steht. Ein sogenannter Glaubensgehorsam kann demzufolge nicht „Recht und Rechtsordnung“ durchbrechen. Die evangelische Christenheit wird die in ihrer Relativität unersetzbaren Institutionen wie Staat, Ehe, Kirche als Mandate Gottes in neuer Weise achten lernen müssen. Gewicht sollte dabei auf der Kennzeichnung aller menschlichen Ordnung als „Notordnung“ liegen, um einer falschen Glorifizierung und Mythologisierung von Ordnungen zu wehren.

7. Die zuletzt gestellte Frage spitzt die in der gegenwärtigen Situation enthaltenen Probleme zu und fragt

etwas rhetorisch, ob denn von einer „konsequenten Verweigerung“ gegenüber dem Staat und seinen Anordnungen und Einsichten die Rede sein könne. Das ist selbstverständlich rundweg zu verneinen. Wenn ein mißverständlicher „Gehorsam gegenüber Jesus Christus“ das Augenmaß für konkret mögliche Veränderungen verliert und zu einer „konsequenten Verweigerung“ gegenüber den Institutionen des demokratischen Rechtsstaates verkommt, dann hat die evangelische Kirche eine solche Haltung immer als Schwärmerei abgelehnt. Ohne die ordnende Hand des Staates ist Leben in der gefallenen Welt unmöglich. Alle Anfragen münden damit ein in die schon eingangs gestellte Frage nach dem Verständnis des Staates. In theoretischer Hinsicht soll ihr eine Ausarbeitung der Kammer für Öffentliche Verantwortung aufhelfen. In praktischer Hinsicht allerdings sind die Repräsentanten des Staates zusammen mit allen Bürgern herausgefordert, eine überzeugende und werbende Antwort zu geben.

Die „Anfragen evangelischer Christen in politischer Verantwortung an ihre Kirche“ haben wir gehört und aufgenommen. Wir werden gemeinsam nach Antworten suchen müssen, klarer Aussagen zuliebe nicht auf die notwendigen Differenzierungen verzichten dürfen und im übrigen das Gespräch mit den Gliedern der Kirche und den Bürgern unseres Staates führen müssen.

Hannover, den 13. Juli 1981

gez. Dr. Hartmut Löwe
Vizepräsident der Kirchenkanzlei
der EKD

Aus unserer Arbeit

Arbeit auf mehrere Schultern verteilt Neuwahl beim EAK Enzkreis

Pforzheim: In Anwesenheit des EAK-Landesvorsitzenden Prof. Pawlowski fand in Pforzheim eine Mitgliederversammlung des EAK Enzkreis/Pforzheim statt. Die Mitgliederversammlung wählte einen neuen Vorstand. In seinem Amt als Vorsitzender wurde Pfarrer i. R. Kurt Meythaler einstimmig bestätigt. Zu sel-

nen Stellvertretern wurden Schulrat Heinrich Leiser (Pforzheim) und Dr. Rettig (Straubenhardt) gewählt. Das Amt des Schriftführers wurde Eva Roth (Pforzheim) und das des Pressereferenten Werner Engel (Remchingen) übertragen. Außer ihnen wurden Axel Bellon (Straubenhardt) und Konrad Weiler (Heimsheim) als Beisitzer in den Vorstand berufen.

Die sich häufende Arbeit macht es nötig, die Arbeit auf mehrere Schultern zu verteilen. Deshalb wählte die Mit-

gliederversammlung neben diesem „engen“ Vorstand einen „erweiterten“ Vorstand. Diesem gehören an: Detlef Dankworth, Pforzheim; Klaus De Jong, Pforzheim; Heinz Du Bois, Pforzheim; Dora Duppel, Maulbronn; Horst Engelmann, Pforzheim; Berthold Franz, Pforzheim; Erika Gerlach, Mühlacker; Dr. Kurt Hörcher, Pforzheim; Margarethe Schäfer, Birkenfeld; Dieter Vortisch, Pforzheim; Andreas Wollmer, Pforzheim und Gerhard Talmon-Gros, ebenfalls Pforzheim.

Lieber sterben als sündigen — aber Christen machen keine Revolution!

— zu den Galen-Predigten des Jahres 1941 —

Norbert Hintz

Unverminderte Aktualität auch für die Fragen unserer Zeit mißt Pastor Norbert Hintz, Sittensen, den Predigten des Kardinals Clemens August von Galen zu.

Vor vierzig Jahren trat Clemens August Graf von Galen (1878–1946), Bischof von Münster und später Kardinal, mit drei besonderen Predigten in seiner Bistumsstadt an die Öffentlichkeit. Die Sorge um den Bestand christlich-ethischer Grundnormen brachte ihn in einer Zeit allgemeiner Sprachlosigkeit zum Sprechen. Es halten nicht alle Gedanken dieser weltberühmt gewordenen Predigten dem geschichtlichen Urteil nach vierzig Jahren stand. Wesentliche Aussagen wirken aber geradezu prophetisch. Es dürfte die Verantwortlichen für Staat und Kirche auch heute in eine heilsame Unruhe bringen, was in bedrängender Situation, mit großer Tapferkeit vom Bischof von Münster damals gesagt wurde.

Die erste Predigt, die am 13. Juli 1941 in der St. Lambertuskirche gehalten wurde, scheint oberflächlich betrachtet für uns nur noch eine historische Rede zu sein. Wo werden denn heute Ordensleute bei uns aus ihren Häusern und Niederlassungen vertrieben? Doch beim genauen Hinhören auf diesen ersten Fanfarenstoß des Bischofs entdecken wir die klassisch römische Rechtsaussage „die Gerechtigkeit ist das Fundament des Staatswesens“. Das wagte im Jahre 1941 ein Kirchenführer zu predigen! Das hat der Regierung damals nicht gepaßt; und solche Aussage scheint ja allem Vernehmen nach auch in den Jahren 1980/81 für unsere Regierung schwer erträglich zu sein. Hautnah für uns wird diese Galen-Predigt durch folgendes Bischofswort: Je größer die Machtvollkommenheit einer Behörde ist, um so notwendiger ist eine Gewähr für eine einwandfreie Handhabung ... um so größer ist die Gefahr der Willkür und des Mißbrauchs. Das

wird gesagt, als an Computertechnik und Datenbanken noch nicht zu denken war und als Verwaltungszusammenlegungen aus Rationalisierungsgründen heutigen Stils unbekannt waren. Wir beklagen in unserer Zeit das entseelte Miteinander, den verwalteten Menschen, die Selbstbehauptung verwaltungstechnischer Abläufe. Nehmen wir es wahr, damals gearbete eine Ideologie für sich die Verwaltungsperson. Könnte heute nicht unsere Verwaltungsperson und -Rationalisierung für eine Ideologisierung anfällig sein? Wird in Kirche und Staat nicht zuviel über Verfahrensabläufe nachgedacht und das menschlich, sowie christlich Angemessene vernachlässigt? Diese Gegenwartsfrage erlaubt ein günstiges Überleiten zur zweiten Predigt Bischof von Galens, die er am 20. Juli 1941 in der Überwasserkirche gehalten hat. Es geht in ihr um die Ermunterung zum christlichen Lebensstil. Das, was den Menschen nach christlicher Auffassung ausmacht, wurde durch die Schul- und Jugend-erziehung des nationalsozialistischen Staates zerstört. Die neue Lehre wird dem Volk eingehämmert — sagte der Bischof. Hiergegen können wir nicht mit Waffen kämpfen, es bleibt nur ein starkes, zähes, hartes Durchhalten! Wir sind in diesem Augenblick nicht Hammer, sondern Amboß. Wir werden dem Staat als rechtmäßiger Obrigkeit gehorchen. Aber Gesinnungsgemeinschaft, ein Gefühl innerer Verbundenheit mit diesen Kirchenverfolgern ... das kann es für uns nicht geben. Bischof von Galen zeigt ein Verhaltensmuster für ein Leben in einer antichristlichen Welt auf, das nicht zum Verlust der christlichen Grundwerte führt. In der Aussage „lieber sterben als sündigen“ zeigt sich die Bereitschaft zu christlicher Zucht und Selbsteinschränkung. Und die Zusicherung „wir Christen machen keine Revolution“ zeigt die Grenzen des christlichen Spielraums im öffentlichen Leben. Diese

Bestimmung der christlichen Einflußmöglichkeit kann für uns nach vierzig Jahren zur Selbstprüfung anregen. Welche Wege wählen wir, um in unserem Lebensbereich als Christen zu stehen? Wünschen wir nicht zu oft die Stützung christlicher Ideale durch die Regierenden? Und wir stecken zurück, wenn seitens der Regierung die erwünschte Resonanz ausbleibt. Bischof von Galen würde auch uns auffordern: Laßt euch doch, christliche Eltern, die Schulbücher zeigen, besonders die Geschichtsbücher der höheren Schulen! Wie steht es mit dem Religionsunterricht für sie? Christliche Eltern, um all das müßt ihr euch kümmern ... sonst könnt ihr nicht bestehen vor eurem Gewissen und jenem, der euch die Kinder anvertraute, damit ihr sie auf den Weg zum Himmel führt! Die persönliche Initiative, das persönliche Einstehen für den christlichen Glauben, auch gegen die jeweilige, vom Zeitgeist geprägte Volksmehrheit ist auch in unserer Generation notwendig.

Wie weit und tiefgreifend dieses persönliche Einstehen aus Glaubensgründen reicht, wird deutlich in der dritten Galen-Predigt, gehalten am 3. August 1941 in der St. Lambertikirche der Bischofsstadt. Aus Verpflichtung gegenüber den Grundwerten menschlichen Lebens und dem geltenden Reichsstrafgesetz gehorsam, predigte der Bischof: Ich habe am 28. Juli bei der Staatsanwaltschaft, beim Landgericht in Münster und beim Herrn Polizeipräsidenten in Münster Anzeige erstattet wegen Mordes an sogenanntem lebensunwerten Leben! Doch diese Anzeige bewirkte zunächst nichts, weitere Kranke und der Pflege Bedürftige werden abtransportiert. Ihr Ende — Euthanasie. — Der Bischof fragt in der Predigt eindringlich: Hast du, habe ich nur solange Recht zu leben, solange wir produktiv sind, solange wir von anderen als produktiv anerkannt werden? Die Frage, wann

Leben wertvoll oder unwert ist, tauchte in ganz anderen Zusammenhängen in unserer Zeit erneut auf. Müssen wir uns nicht in unserem Staat kritisch fragen lassen, ab wann Leben eigentlich göttliches Leben ist? Haben andere da nicht in allerjüngster Geschichte auch Entscheidungen getroffen, die in Paragraphen festgehalten worden sind? Bischof von Galen, der Löwe von Münster, würde uns ins Gewissen reden mit dem Satz: Wehe den Menschen, wehe unserem deutschen Volk, wenn das heilige Gottesgebot „Du sollst nicht töten“ nicht nur übertreten wird, sondern wenn diese Übertretung sogar ge-

duldet und ungestraft ausgeübt wird. In seiner großen, machtvollen Predigt geht der spätere Kardinal weiter an den einzelnen Grundgeboten Gottes entlang und schließt mit der Feststellung: Jesus sieht das Sündhafte, das Furchtbare, das Verbrecherische, das Verderbenbringende dieses Nichtwollens. Der kleine Mensch stellt seinen geschaffenen Willen gegen Gottes Willen. Hat der Sohn Gottes damals nur über Jerusalem geweint? Hat er auch über uns geweint? „Meine Christen! Ich hoffe es ist noch Zeit, daß wir erkennen noch heute, an diesem Tage, was uns zum Frieden dient“.

Zu Recht wählte dieser Bischof und Kardinal als Wahlspruch seines Amtes den Ausspruch: *nec laudibus nec timore*, was mit den Worten übersetzt werden könnte: Nicht Lob – nicht Furcht. Beides sollte für ihn nicht Handlungsantrieb sein, sondern nur die Ehre und Verherrlichung Gottes.

Zu Recht dürfte seiner und seiner drei großen, weltweit verbreiteten Predigten gedacht werden, damit wir erkennen, was uns zum Frieden dient: nicht die Revolution nach außen, sondern die Revolution nach innen! Lieber sterben als sündigen – können wir diese Botschaft des Jahres 1941 heute ertragen?

Buchbesprechungen

Wilhelm Hahn. „Ich stehe dazu – Erinnerungen eines Kultusministers“ 280 Seiten, 34,- DM, Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, 1981.

„Ich stehe dazu“. Der Mann, der unter diesem Wort seine Memoiren niederschrieb, kann dies tun, denn sein Wirken deckt dieses Wort. Das tat es nicht nur, als er auf dem Höhepunkt der Studentenunruhen inmitten einer johlenden Menge in Heidelberg auf dem Tisch stand, gegen die Sprechchöre anschreiend über vier Stunden bis nach Mitternacht, wie dieses Buch berichtete. Schon während des Dritten Reiches war Hahn, damals Vikar in der Bekennenden Kirche, Sprecher der jungen Theologen in Westfalen. Das Leben Wilhelm Hahns, der 18 Jahre stellvertretender Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU neben dem Vorsitzenden Gerhard Schröder war und der, als Leiter der „Studiengruppe“ jahrelang den Weg des Evangelischen Arbeitskreises geprägt hat, wird viele Mitglieder des Evangelischen Arbeitskreises interessieren.

Er stammt aus der baltischen Theologenfamilie Hahn. Sein Vater ist der 1919 in der Russischen Revolution erschossene Professor Traugott Hahn, dessen Martyrium in der ganzen Evangelischen Kirche bekannt wurde. Auch die Lebenserinnerungen seiner Mutter unter dem Titel „Es gibt einen lebendigen Gott“ sind in unseren Gemeinden

verbreitet. Wilhelm Hahn steht in dieser Tradition, auch wenn sein Weg von der Theologie zur Politik führte.

Eindrücke der Russischen Revolution im Baltikum, Tod des Vaters, die Schuljahre in Gütersloh, das Studium der Theologie bei Karl Barth, der Einsatz im Kirchenkampf im westfälischen Pfarramt und nach dem Kriege die Professur an der Universität Heidelberg sind Stationen auf diesem Lebensweg. Die Berichte über die jungen Theologen in der Bekennenden Kirche sind geeignet, klischeehafte Vorstellungen über jene Zeit zu korrigieren. Schon im Krieg plante der Soldat Hahn für die Zeit nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus die Bildung einer Partei, in der die Christen politische Verantwortung übernehmen. So ist es kein Bruch, wenn er nach erfolgreichem Rektorat der Universität Heidelberg 1961 für den Bundestag in der CDU kandidierte. Bereits nach zwei Jahren beruft ihn Ministerpräsident Kiesinger zum Kultusminister mit dem Auftrag, eine großzügige Bildungsreform einzuleiten. Hahn fiel die Aufgabe zu, die bisher einseitig konservative, ja fast rückwärts gewandte Bildungspolitik des ersten Jahrzehnts der CDU in eine zeitgemäße umzuformen. Die Bildungspolitik der CDU der sechziger und siebziger Jahre ist maßgeblich von Hahn eingeleitet und weithin von ihm gestaltet worden.

Allerdings wurde aus dem zuerst von der Presse gepriesenen vorwärtsstürmenden Reformen zur Zeit der Jugendprotestbewegung der sechziger und siebziger Jahre und der „emanzipatorischen Erziehungslehre“ ein Mann, der der zerstörerischen Tendenz dieser Kulturrevolution entgegentrat und schließlich im Forum „Mut zur Erziehung“ eine an den bleibenden Werten unserer gewachsenen Kultur und an den wirklichen Bedürfnissen der Kinder und

Schüler ausgerichtete pädagogische Wende einleitete.

Richtig vermerkt der Umschlag dieses Buches, es lese sich wie das Tagebuch der deutschen Bildungsgeschichte jener Jahre. Es orientiert in übersichtlichen Kapiteln ohne viel Fachballast über die Entwicklung in den Schulen, den Hochschulen und im Kunstbereich jener bewegten Zeit in Form persönlicher Erlebnisberichte. Für die CDU bedeutet das Buch eine hervorragende Quelle zur Beurteilung dieser Periode unserer Bildungsgeschichte und der Bildungspolitik unserer Partei. Für den evangelischen Christen zeigt es, was es heißt, aus evangelischer Verantwortung in Zeiten harter Auseinandersetzungen seinen Weg zu suchen.

Prof. Dr. Herbert Krimm,
Heidelberg

Karl Heinz Potthast, „Das Miteinander in der Schule. Vorschläge für eine christliche Erziehung.“ Gütersloher Taschenbücher Siebenstern 754, 1981, 9,80 DM.

Drei große Themen behandelt Karl Heinz Potthast in seinen „Vorschlägen für eine christliche Erziehung“:

Die grundlegende Frage nach dem, was christliche Erziehung in einer immer mehr an sich selbst unsicher werdenden Schule überhaupt sein könne.

Die Frage nach der Aufgabe freier, insbesondere evangelischer Schulen.

Die aufgrund konkreter pädagogischer Erfahrungen gewonnene Erkenntnis in einer ganz bestimmten Schule.

Die Reihenfolge dieser Themen ist nicht zufällig. Nachdem die ersten beiden Fragen sowohl von der Pädagogik wie von der Theologie her ohne eine

befriedigende Antwort im Sinne abgesicherter Theorie geblieben sind, zeigt die Erfahrung aus der Entwicklung der Hans-Ehrenberg-Schule in Sennestadt, die Potthast seit ihrer Gründung 1962 20 Jahre lang geleitet hat, daß das viel beklagte Theoriedefizit keineswegs ein Grund ist, vor der heutigen Wirklichkeit und den von ihr der Schule gestellten Aufgaben zu resignieren. Von der „reflektierten Praxis“, nicht nur dieser einen, sondern der freien evangelischen Schulen insgesamt, ist Potthast in seinen im Verlauf von zwei Jahrzehnten veröffentlichten Beiträgen zur Erziehungswissenschaft wie zur Bildungspolitik immer ausgegangen. Das gibt den Kapiteln des Büchleins, von denen manche als Einzelaufsätze schon vor etlichen Jahren erschienen sind, gerade heute ihre besondere Aktualität. Dabei erliegen sie weder dem Theorieüberdruß noch dem Erfahrungshunger; vielmehr sagen sie, um es in einer von Hermann Lübke gern gebrauchten Formel auszudrücken, „was der Fall ist“: Der Fall der Schule überhaupt, der Fall der christlichen Erziehung, der christlichen Schule, der Fall der vom Verfasser selbst geleiteten und verantworteten Schule im besonderen. „Das Problem der Erziehung in der modernen Welt liegt darin, daß sie der Natur der Sache

nach weder auf Autorität noch auf Tradition verzichten kann, obwohl sie in einer Welt von Statten geht, die weder durch Autorität strukturiert noch durch Tradition gehalten ist.“ Innerhalb dieser theoretisch unlösbaren Problematik stellt die evangelische Schule in Sennestadt dabei sogar noch einen besonders extremen Fall dar: Eine Schule in einer Trabantenstadt, in kirchlich neutraler Umwelt, ohne einen formulierbaren „sozialen, geistigen und kirchlichen Hintergrund“, aber eben darum eine von den Schulen, wie das der von Potthast zitierte, aber nicht mit Namen genannte Leiter einer anderen Schule formuliert, „die das zu praktizieren versuchen, was man theoretisch so schwer in den Griff bekommt.“

Das alles macht aus dem Gymnasium in Sennestadt noch lange keine Modellschule und schon gar nicht eine „Laborschule“. Man erhebt sehr bewußt gar nicht diesen Anspruch, und man verfügt außerdem auch keineswegs über die reichen Mittel, mit denen das Land Nordrhein-Westfalen den Versuch Hartmut von Hentigs ausgestattet hat. Damit aber wird die Schule, von der Potthast spricht, überhaupt erst wirklich zu einem Erfahrungsraum, nicht im Sinne wissenschaftlicher Empirie, die das Er-

fahrene und Erfahrbare allerorts verfügbar machen möchte, wohl aber als eine anschauliche „Erziehungspraxis...“, die mit Stichworten wie Liebe, Opferbereitschaft und Geduld bezeichnet werden kann“ und die ihre jeweiligen Konkretionen unter jeweils anderen Bedingungen und Voraussetzungen immer wieder neu finden muß: Etwa in einer überlegten Schülermitverantwortung, in einer die unterschiedlichen Kompetenzen respektierenden Kooperation von Lehrern, Schülern und Eltern, in einer Eigenprägung der Schule, mit der sich der Schüler identifizieren kann.

Die Freiheit der Schule, die hier in einigen Elementen der Schulpraxis und der Schulorganisation angedeutet wird, gründet also weder in einem autonomen, letzten Endes nur vom Lehrer selbst zu verantwortenden pädagogischen Verhältnis, noch in einer auf die Emanzipation des einzelnen Schüler abziehenden Didaktik. Sie ist die Freiheit eines verantwortlichen menschlichen Miteinanders. Die theologischen Dimension eines solchen Miteinanders steht außer Frage. Ob und wieweit mit ihr ernstgemacht wird, dürfte auf Dauer auch für den Bestand und die Qualität dieses Miteinanders entscheidend sein.

Dr. Hans Bolewski, Hannover

Leser-Brief

Die hier geäußerte Meinung braucht nicht mit der Ansicht des Herausgebers oder der Redaktion übereinzustimmen.

Betr.: Thesen „Für Frieden und Freiheit“ (s. EV 8/81, S. 4 ff)

Zur 5. These möchte ich gern als evangelischer Christ einige Anmerkungen machen:

Dort ist von der Bergpredigt die Rede. Diese Predigt ist ja im Moment in vieler Munde. Berufene und Unberufene zitieren sie. Aber warum eigentlich nur die Bergpredigt, warum wird nicht die ganze Heilige Schrift bemüht in der Friedensdiskussion? Die Bibel ist doch letztlich Maßstab für einen Christen und nicht nur Auszüge daraus! Was das Thema Frieden anbelangt, so muß doch deutlich gesagt werden, daß wirklicher Friede nur von Jesus Christus herkommt. „Er ist unser Friede“, so formuliert es der Apostel Paulus. Und weshalb? Weil er am Kreuz für unsere Sünden gestorben ist. Er hat Frieden gestiftet

zwischen Gott und dem Menschen. Wer diese Tat im Glauben annimmt, wird ein Mensch des Friedens. Der setzt sich dann auch für den Frieden ein, aber nicht nur im großen, sondern gerade auch im kleinen. Das fängt an beim Ehegatten, setzt sich fort in der Familie, in der Schule, am Arbeitsplatz, überall dort, wo Gott uns hingestellt hat.

Warum verschweigt man eigentlich, daß Jesus ganz deutlich gesehen hat, wie es mit uns in dieser Welt bestellt ist. Seine Feststellung: „In der Welt habt ihr Angst“, ist doch wohl klar formuliert, den Tatsachen entsprechend. Was er hinzufügt, ist unser einziger Trost und auch Hoffnung „aber seid getrost, ich habe die Welt überwunden.“

Warum wird nicht darüber gesprochen, daß der Zustand dieser Welt an das erinnert, was Jesus im Matthäusevangelium im Hinblick auf seine Wiederkunft anspricht? Was er dort im 24. Kapitel aussagt, trifft doch schon fast zu auf unsere Zeit. Wohl gemerkt, ich gehöre nicht zu denen, die den Weltuntergang herbeireden, aber wenn schon die Bibel zitiert wird, dann eben ganz.

Nicht umsonst mahnt Jesus Christus seine Gemeinde zur Wachsamkeit, ruft sie zur Buße, das heißt zur Umkehr und Erneuerung. Wo das nicht geschieht,

bleibt alles beim alten. Da streitet man sich über den Frieden und spricht einander die Friedensbereitschaft ab. Da geschieht das, was wir jetzt teilweise erleben. Da werden die SS-20-Raketen „gut“ genannt und die amerikanischen Raketen „böse“.

Weh denen, die aus Finsternis Licht und aus Licht Finsternis machen, warnt der Prophet Jesaja. Diese Warnung sollten alle Friedensdiskutierer beherzigen.

Endgültigen Frieden, auch das sollte noch gesagt werden – weil biblisch –, wird es erst geben, wenn Jesus wiederkommt und sein Friedensreich aufrichtet. Das bedeutet nicht, die Hände in den Schoß zu legen und den Dingen seinen Lauf zu lassen. Das bedeutet aber in verstärktem Maße: „Kauft die Zeit aus“ und den Auftrag Jesu zu verwirklichen, Menschen zum ewigen Heil zu verhelfen. Denn das ist der Wille Gottes, der nicht will, daß jemand verloren gehe, sondern daß sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen. Denn auch danach werden wir dereinst gefragt werden vor dem Throne Gottes, inwieweit wir dem Befehl Jesu „Machet zu Jüngern alle Völker“ gehorsam gewesen sind.

Adolf Graug
Schillerstraße 1
4353 Oer-Erkenschwick

Frieden mit oder ohne Waffen?

Stephan Eisel

„Liebe Herrn
man muß alljährlich soviel wenden an
Büchsen, Wege, Stege, Dämme und
dergleichen unzählige Stück mehr, da-
mit eine Stadt zeitlich Friede und Ge-
mach habe. Warum sollt man nicht viel-
mehr auch soviel wenden an die dürl-
tige, arme Jugend, daß man einen ge-
schickten Mann oder zwei hielte zu
Schulmeistern?“ Diese Frage Martin
Luthers an die Ratsherren der deut-
schen Städte zeigt, daß bereits vor über
400 Jahren die hohen Kosten der Frie-
denssicherung ein großes Problem dar-
stellten.

Für Stephan Eisel, den ehemaligen
Bundesvorsitzenden des Rings Christ-
lich Demokratischer Studenten, beweist
die neu aufgelebte Diskussion um Frie-
denssicherung und Verteidigungspolitik,
daß diese Frage Martin Luthers auch
heute noch keine befriedigende Antwort
gefunden hat.

In der gegenwärtigen Pazifismus-
debatte stehen sich zwei unver-
söhnliche Meinungen gegenüber:
Die einen wollen den Frieden durch
militärisches Gleichgewicht und Ab-
schreckung sichern, die anderen
„Frieden schaffen – ohne Waffen“.
Die Friedenspolitik der Bundes-
republik Deutschland seit ihrer
Gründung beruht auf der Überzeu-
gung, daß es möglich ist, den Frie-
den durch demonstrative Verteidi-
gungsbereitschaft zu sichern. Lud-
wig Beck, maßgeblich am Attentats-
versuch des 20. Juli 1944 beteiligt,
hat den hinter dieser Politik stehen-
den Grundgedanken 1942 vor der
oppositionellen Mittwochsgesell-
schaft treffend zusammengefaßt:
„Das Schwert aber, das jeder Staat
grundsätzlich berechtigt ist bereit-
zuhalten, braucht nicht nur zu dem
Zweck seines sofortigen Gebrauchs
scharf gehalten zu werden, sondern
sein Vorhandensein allein wird oft
genügen und sein Ziehen entbehr-
lich machen.“

Hinzugefügt werden muß aller-
dings, daß diese Einsicht nicht nur
dem zustatten kommt, der sich ver-
teidigen will, sondern auch dem,
der durch militärisches Übergewicht
politisch erpressen will. Dies macht
andererseits das „geschärfte

Schwert“ auf der Seite des mög-
lichen Opfers einer Erpressung un-
entbehrlich, um die Erfolglosigkeit
eines Erpressungsversuchs von
vornherein zu verdeutlichen.

Es handelt sich also bei der Frie-
denssicherung durch Verteidigungs-
bereitschaft keineswegs um eine
Politik, die nur auf der Ebene
Krieg-Frieden zu betrachten ist,
sondern um ein wesentliches Ele-
ment im „friedlichen“ politischen
Kräftespiel zwischen den Staaten.

Eine wachsende Anzahl von Men-
schen gibt sich allerdings mit die-
ser Form der Friedenssicherung
nicht zufrieden und fordert „Alter-
nativen zur militärischen Sicher-
heitspolitik“. Hier erfährt der hinter
Luthers Frage stehende Grundge-
danke – gerade auch in manchen
kirchlichen Kreisen – eine stürmi-
sche Wiedergeburt in der Forde-
rung „Frieden schaffen – ohne
Waffen“ oder „Ohne Rüstung
leben“. Die bestechende Wirkung
dieser Vorstellung wird niemand
bestreiten können.

Zunächst ist es allerdings er-
staunlich, daß die Kritik an der Frie-
denssicherung durch Bundeswehr
und NATO so massiv wird, obwohl
eine akute Gefährdung des Frie-
dens in Westeuropa selbst ange-
sichts der Vorgänge in Polen nicht
vorliegt. Seit Bundeswehr und
NATO existieren, ist der Frieden
zumindest stabiler als vorher. Man-
che meinen, wir befinden uns trotz
der Existenz der Bundeswehr in
dieser Lage, ich glaube eher, wir
sind es wegen ihrer Existenz. Zuge-
geben – beweisen lassen sich
beide Auffassungen nicht. Es ist
aber reichlich riskant angesichts
der über 25jährigen Erfahrung, daß
der Friede mit der Bundeswehr
hält, jetzt auszuprobieren, wie es
denn ohne Bundeswehr und NATO
aussehen würde. Frieden ist zu
wichtig, um damit Experimente zu
machen!

Diesem Gedanken wollen aller-
dings die, die Frieden ohne Waffen
schaffen möchten, nicht folgen,
denn sie fordern in letzter Konse-
quenz die Abschaffung des Militärs.

Ein wesentlicher Ansatzpunkt für
ihre Kritik sind dabei die Mittel,
derer sich Friedenspolitik durch
Verteidigungsbereitschaft bedient:
Der Zweifel gilt dem Prinzip, daß
man sich der Waffen, die zum Töten
gebaut wurden, bedienen muß, das
heißt, sie bereit hält, um das Töten
zu verhindern. Die moralische Ab-
lehnung von Waffen ist dabei so
stark, daß jede Rechtfertigung ihrer
Existenz abgelehnt wird – auch
das Argument, mit Waffen den Frie-
den sichern zu wollen. In der Tat
treffen die Kritiker hier einen wun-
den Punkt unserer Friedenspolitik:
Die an sich verwerfliche Androhung
von Gewalt ist – wenn auch be-
schränkt auf den Verteidigungsfall
– Mittel dieser Politik. Der mora-
lische Widerspruch, der bis zu
einem gewissen Grade in der „be-
waffneten Friedenssicherung“ liegt,
kann nicht aufgelöst werden. Viele
Mißverständnisse entstehen nur
durch den Versuch mancher Verant-
wortlicher für die Friedenspolitik,
durch Abschreckung diesen Wider-
spruch zu leugnen.

An dieser Stelle muß darauf hin-
gewiesen werden, daß es sich hier
nicht nur um ein Problem der Ver-
teidigungspolitik und der internatio-
nalen Beziehungen handelt, son-
dern um ein Grundproblem der Po-
litik, das heißt, der zwischen-
menschlichen Beziehungen. In den
10 Thesen des Arbeitskreises „Den
Frieden sichern“, in dem sich enga-
gierte Christen zusammengefunden
haben, heißt es zur gleichen Frage-
stellung: „Der Christ kennt nicht
nur das Gebot der Liebe, sondern
auch die Macht der Sünde, den un-
bändigen – oft brutalen – Macht-
willen der Menschen. Dieser läßt
sich nicht immer durch Liebe ent-
waffnen“. Die aus dieser Einsicht
erwachsende angemessene Reak-
tion ist u. a. in der 5. These der
Barmer Theologischen Erklärung
der evangelischen Kirche, die den
Nationalsozialismus scharf angriff,
vom Mai 1934 festgehalten:

„Die Schrift sagt uns, daß der
Staat nach göttlicher Anordnung
die Aufgabe hat, in der noch nicht
erlösten Welt, in der auch die Kir-
che steht, nach dem Maß mensch-
licher Einsicht und menschlichen
Vermögens unter Androhung und
Ausübung von Gewalt für Recht
und Frieden zu sorgen.“

Gerade die evangelische Kirche
hat also – im Angesicht der Dikta-

tur — die Problematik „Gewalt und Politik“ deutlich angesprochen und darauf auch eine biblische Antwort gegeben.

Die Kritik am moralischen Widerspruch der bewaffneten Friedenssicherung zeigt aber zugleich die deutlichste Schwäche der Kritiker: Wer vom „Frieden schaffen — ohne Waffen“ träumt, hat letztlich ein harmonistisches Weltbild. Er leugnet die Verschiedenartigkeit und Unvollkommenheit der Menschen, die immer wieder zum Entstehen von Konflikten führt.

Leider gibt es unter den Mächtigen der Welt viele, die bereit sind, auch Angriffskriege für ihre Ideen und zur Lösung solcher Konflikte einzusetzen.

Man mag sich nur zu Gemüte führen, was der DDR-Verteidigungsminister General Hoffmann 1976 in Berlin sagte:

„Wir teilen nicht die Auffassung, welche auch fortschrittliche Kräfte in der Friedensbewegung vertreten, wonach ein gerechter Krieg nicht mehr möglich sei bzw. der atomare Raketenkrieg nicht mehr die Fortsetzung der Politik des Klassenkampfes darstelle, sondern nur die Atomhölle und den Untergang der Welt.“

Genügt es angesichts solcher Meinungen — viele ähnliche ließen sich hinzufügen — den Traum von der Waffenlosigkeit zu träumen, zumal diesen Worten auch Taten folgen könnten (Angola, Äthiopien, Afghanistan usw.)?

Bei diesem Punkt in der Diskussion angekommen folgt dem „Frieden schaffen — ohne Waffen“ oft das „Lieber rot als tot“. Daß auch dieses Argument ernst genommen werden muß, zeigt eine Äußerung von Papst Pius XII. im Oktober 1953: „Es genügt also nicht, daß man sich gegen irgendwelche Ungerechtigkeit zu verteidigen hat, um die Gewaltmethode des Krieges anzuwenden. Wenn die Schäden, die durch ihn herbeigeführt werden, unvergleichlich größer sind als die der „geduldeten Ungerechtigkeit“, kann man verpflichtet sein, die „Ungerechtigkeit auf sich zu nehmen.“ Angesichts der Schrecken des modernen Krieges fällt es schwer, zu leugnen, daß auch die Kritik des „Lieber rot als tot“ einen wunden Punkt trifft. Entgegenzuhalten ist dem vor allem, daß die Entschei-

dung der Frage, ob die bewaffnete Verteidigung moralisch zulässig oder gar erforderlich ist, nur im konkreten Fall zutreffend ist. Ein generelles Tabu hätte fatale Konsequenzen, z. B. würde es zur moralischen Verurteilung des Krieges der Alliierten gegen Hitlers Angriffe führen.

Bleibt also die Frage, was getan werden kann, wenn ein Frieden ohne Waffen nicht realisierbar ist. Die Resignation vor dem Bestehen-

Unsere Autoren:

Prof. Dr. Roman Herzog, MdL
Innenminister
Dorotheenstraße 6
7000 Stuttgart 1

Prof. Dr. Theodor Schober
Präsident des Diakonischen
Werkes der EKD
Stafflenbergstraße 76
7000 Stuttgart 1

Pastor Norbert Hintz
Alte Dorfstraße 8
2732 Sittensen

Stephan Eisel
Goethestraße 44
5300 Bonn 1

den wäre gewiß falsch. Um den Rahmen dieser Darstellung nicht zu sprengen, sollen hier nur drei Punkte angesprochen werden, die offenkundig politische Entscheidungen erfordern:

1. Ausgewogene Abrüstung

Alles oben Gesagte über den Sinn der Friedenssicherung durch Verteidigungsbereitschaft behält seinen Sinn, wenn die vielfachen Vernichtungspotentiale auf beiden Seiten abgebaut werden. Deshalb ist ausgewogene weltweite Abrüstung nötig, sie kann aber nur erfolgreich, das heißt, friedenssichernd, sein, wenn sie vom Prinzip des Gleichgewichts ausgeht. Aus diesem Grund ist auch der umstrittene NATO-Beschluß zu unterstützen. Der Warschauer Pakt hat Mittelstreckenraketen in Europa und die NATO läßt ihm 3 (in Worten: drei) Jahre Zeit, um diese zurückzuziehen. Nur wenn dies nicht geschieht, will die NATO eigene

Raketen bauen. Es handelt sich also um ein durchaus faires Angebot.

2. Verminderung des Rüstungsexportes

1978 hat die UdSSR für umgerechnet 7,1 Milliarden Dollar Waffen exportiert und die USA für 6,7 Milliarden. Der Rüstungsexport der Bundesrepublik Deutschland hat sich im letzten Jahrzehnt — unter sozialliberaler Regierung — verzehnfacht. Auf der Empfängerliste deutscher Waffen standen nicht nur demokratische Staaten und Bündnispartner, sondern auch Länder wie Algerien (Munitionsfabriken!), Syrien (Panzer!), Irak (Tieflader für Panzertransporte) u. a.

Es ist dem Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) zuzustimmen, daß es ethisch nicht vertretbar ist, in einer Stärkung der Waffenexporte einen Beitrag zur Lösung wirtschaftlicher Schwierigkeiten zu sehen. Zumindest die Waffenlieferungen an Diktaturen und Länder außerhalb der NATO dienen auch nicht der Friedenssicherung. An Rüstungsexporte müssen besonders strenge Maßstäbe angelegt werden.

3. Wehr- und Zivildienst

Ein konkreter Beitrag zum inneren Frieden wäre es, wenn die wechselseitige Verunglimpfung von Bundeswehrsoldaten und Zivildienstleistenden endlich aufhören würde. Es handelt sich weder bei den Soldaten um „gedrillte Killer“, noch bei allen Wehrdienstverweigerern um „Drückeberger“. Mehr Toleranz ist wichtigste Voraussetzung für den Frieden.

Abschließend ist nochmals zu unterstreichen, daß in Gesprächen vor allem mit jüngeren Menschen die o. a. Widersprüche nicht verschämt versteckt werden dürfen. Es hat keinen Sinn, so zu tun, als gebe es im Bereich der Friedenssicherung keine offenen Fragen. Nur wer Unvollkommenheiten und Widersprüche in der Welt zur Kenntnis nimmt und akzeptiert, schafft damit die Voraussetzung, ihre Wirkungen in Grenzen zu halten.

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Innenminister Prof. Dr. Roman Herzog, MdL; Dr. Werner Dollinger, MdB; Kai-Uwe von Hassel, MdEP; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Landtagspräsident Albrecht Martin, MdL • Redaktion: Wilhelm Staudacher, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4,- DM. Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK - Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten.

Kurz notiert

Thielicke: Weltkirchenrat droht zu Polit-Club zu werden

Stuttgart/Hamburg (idea) — Der Weltkirchenrat droht mehr und mehr von einem „Repräsentanten der Kirche zu einem Polit-Club“ mit zunehmender Hörigkeit gegenüber marxistischen Programmen zu werden. Diesen Vorwurf erhebt der bekannte Hamburger Theologe Prof. D. Dr. Helmut Thielicke DD. in einem Vorwort zu dem jetzt im Seewald-Verlag in Stuttgart erschienenen Buch von Ernest W. Lefever „Weltkirchenrat und Dritte Welt“. Mit Nachdruck wendet sich der evangelische Theologe gegen den Versuch, mit Hilfe der Kirche Revolutionen zu fördern. Der 1948 in Amsterdam gegründete Weltkirchenrat mit seinen 300 Mitgliedern habe sich in den letzten beiden Jahrzehnten „mit bestimmten politischen Ideen und Systemen geradezu identifiziert und insbesondere revolutionäre Umstürzbewegungen durch das Evangelium legitimieren lassen“.

Helmut Thielicke stellt zugleich klar, daß die Kirche nicht nur Trösterin der unter ungerechter Herrschaft Leidenden sei, sondern auch ein „Wächteramt gegenüber ungerechten Gesellschaftsstrukturen“ habe. Doch sie müsse sich vor jeder Gleichschaltung mit einer Ideologie hüten und dürfe selbst nicht zum Subjekt von Revolutionen werden. Gleichwohl könne es Situationen geben, in denen sich Christen und christliche Gruppen zum „aktiven Widerstand“ entschließen könnten, niemals aber die Kirche, auch nicht der Weltkirchenrat.

Obwohl der Weltkirchenrat mit Sitz in Genf als Repräsentativ-Organ für die Gesamtheit der protestantischen und orthodoxen Christen sprechen sollte, kämpfe er für Aufgaben, die von Unzähligen derer, denen er seine Spenden- und Unterstützungsgelder verdanke, als kirchlicher Auftrag abgelehnt würden. Diese Position — so Thielicke — ist „nichts Geringeres als ein kirchliches Verhängnis und wird zu einem Ferment der Zersetzung in der Ge-

meinde Jesu“. Die Kritik des Hamburger Theologen entzündet sich vor allem an der Anti-Rassismuspolitik des Weltrates.

Keineswegs spricht Thielicke dem Weltrat christliche Motivation ab, doch die zunehmende „soziologische Kopflastigkeit“ des heutigen Menschenbildes und die Nähe von Theologen zur marxistischen Lehre habe zu den Problemen geführt. Längst gebe es in Genf ein „erkennbares Gefälle der Sympathie für marxistisch-revolutionäre Gruppen“ und eine zunehmende Hörigkeit gegenüber „marxistischen Programmen“. Wer sich in diese Nähe begeben, dürfe sich nicht wundern, daß langsam, aber sicher Jesus zum „bloßen Prinzip“ der Liebe verflüchtigt werde.

Auch bestreitet Thielicke den Mitarbeitern des Genfer Weltrates, immer über den notwendigen politischen Sachverstand zu verfügen. Das verschlimmere die Probleme zusätzlich. Man könne nur „erschreckt“ sein über „die Ab- und Irrwege einer kirchlichen Institution“, die sich „aus dem Vaterhaus des Evangeliums in die Fremde eines ideologischen Banns verirrt hat“.

Der amerikanische Wissenschaftler Ernest W. Lefever, der das Buch über den Weltkirchenrat verfaßte, ist Mitarbeiter der amerikanischen Menschenrechtsbewegung und Präsident der Abteilung für Ethik an der Georgetown Universität in Washington. Auf über 100 Seiten beschreibt er, wie die ökumenische Organisation von einer kirchlichen Bewegung zu einer — so Lefever — einseitig politische Ziele verfolgenden Organisation geworden sei.

Vormilitärische Ausbildung an DDR-Schulen wird erweitert

Dresden (epd). Mit Beginn des Schuljahres am 1. September wird an den Erweiterten Oberschulen und Spezialschulen der DDR für die elften Klassen vormilitärische Ausbildung und Sanitätsausbildung obligatorisch eingeführt. Von der Teilnahme an den Lehrgängen werden Schüler und Schülerinnen nur befreit, wenn sie ein ärztliches Attest vorlegen oder die Erziehungsberechtigten

einen Befreiungsantrag auf außergewöhnliche familiäre Gründe stützen. Das geht aus einer von Volksbildungsministerin Margot Honecker unterzeichneten „Anweisung“ hervor, die am Rande der ökumenischen Zentralschulungstagung in Dresden bekannt wurde.

Der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR hatte sich 1978 nachdrücklich gegen die obligatorische Wehrerziehung für Schüler und Schülerinnen gewandt. Die jetzt beginnende Erweiterung der vormilitärischen Ausbildung hat die Kirchenvertreter in Dresden überrascht.

Ziel der vormilitärischen Ausbildung, für die zusammen mit der Sanitätsausbildung jeweils 12tägige Lehrgänge in den Ferien gehalten werden sollen, ist die „Vermittlung von Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten für die Laufbahn motorisierter Schützen der NVA“ (Nationale Volksarmee) und die „Förderung der Verteidigungsbereitschaft der männlichen Schüler“.

CDU und Kirche in der Pfalz im Gespräch

Speyer (epd). Zu einem Gedankenaustausch haben sich in Speyer der Vorstand des Bezirksverbands Rheinhesse-Pfalz der CDU und der pfälzische Landeskirchenrat getroffen. Wie aus einem gemeinsamen Kommuniqué hervorgeht, stand die Problematik der Friedenssicherung im Mittelpunkt des Gesprächs.

Der Vorsitzende des CDU-Bezirksverbands, Kultusminister Georg Göller, gab einen Überblick über die politische Lage aus der Sicht seiner Partei und behandelte spezielle Fragen wie den Abbau der Staatsverschuldung und den „Nachrüstungsbeschluß“ der NATO. Kirchenpräsident Heinrich Kron und Oberkirchenrat Werner Schramm schilderten die Gesprächslage in der Kirche, für die die ethische Entscheidung des einzelnen vorrangig und bestimmend sei, so daß es im protestantischen Raum „eine große Bandbreite von Überzeugungen und Gewichtungen“ gebe. Die pfälzische Synode wolle sich im Herbst ausführlich mit dem Thema „Frieden“ beschäftigen.